

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Brexit-Verhandlungen: Der aktuelle Stand](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [500 Millionen Euro mehr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit](#) 3
- [ArbeitnehmerInnenschutz: Strengere Regeln in Bezug auf krebserregende Substanzen](#) 3

##### Rat der Europäischen Union

- [EU-Budget 2018 soll sich auf Wachstum, Jobs, Sicherheit und Migration konzentrieren](#) 4
- [Fipronil in Eiern: EU-LandwirtschaftsministerInnen berieten über Konsequenzen](#) 4

##### Europäische Kommission

- [Neue und verbesserte Tests für Kraftfahrzeugemissionen seit dem 1. September Pflicht](#) 5
- [EU-Unterstützung bei Naturkatastrophen am 27. Juli in Kraft getreten](#) 5
- [Kommission finanziert Pilotprojekte für ERASMUS für Lehrlinge](#) 6

##### Sonstiges

- [Jugendumfrage 2017: Mehrheit hat positives Bild der EU](#) 7
- [August 2017: Jährliche Inflation im Euroraum auf 1,5 % gestiegen](#) 7
- [Arbeitsbedingte Unfälle und Verletzungen kosten die EU jedes Jahr 476 Mrd. EUR](#) 8

##### In eigener Sache

- [Besuch der Gewerkschaftsschule Tirol](#) 9

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Brexit-Verhandlungen: Der aktuelle Stand

**Nach der dritten Brexit-Verhandlungsrunde besteht in wesentlichen Fragen nach wie vor keine Einigung. Fortschritte gab es weder in Bezug auf Finanzverpflichtungen, noch in Bezug auf zentrale Fragen des zukünftigen Binnenmarktes sowie der Bürgerrechte.**



Annäherungen gab es nach der dritten Verhandlungsrunde lediglich in Bezug auf Nordirland. Ein gemeinsames Reisegebiet wurde vereinbart. Weiterhin keine Aussicht auf einen Kompromiss zwischen dem EU-Chefunterhändler Michael Barnier und dem britischen Verhandlungsführer David Davies besteht hingegen sogar in Bezug auf Grundstrukturen der zukünftigen Beziehungen.

So will die britische Regierung trotz Verlassens des Binnenmarktes auch weiterhin Einfluss auf dessen Gestaltung nehmen. Konkret will Großbritannien auch nach dem Austritt eigene Standards erlassen und deren Anerkennung in der EU erreichen. Eine solche Mitgestaltung der EU-Rechtsordnung ist nach Ansicht Barniers bei einem Brexit undenkbar. Auch in Bezug auf zukünftige finanzielle Verpflichtungen machte Großbritannien einen Rückzieher. Während im Juli noch

Verpflichtungen nach dem Brexit anerkannt wurden, will das Land seine Verpflichtungen nunmehr auf die letzte Zahlung vor dem Austritt beschränken. An für die Zeit nach dem Austritt bereits eingegangene Verpflichtungen fühlt sich Großbritannien nicht gebunden.

Barnier sieht durch diese Vorgehensweise das für die Verhandlungen nötige Vertrauen nicht gegeben. In seiner Rede vom 31. August äußerte er sich besorgt darüber, ob in diesem Verhandlungstempo ein Austrittsabkommen noch im Jahre 2018 abgeschlossen werden kann. Auch der Brexit-Koordinator des Europäischen Parlaments, [Guy Verhofstadt](#), teilt diese Befürchtungen. Er betonte insbesondere die langsamen Fortschritte beim zukünftigen Status von EU-Bürgern in Großbritannien sowie in Bezug auf zukünftige finanzielle Verpflichtungen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## 500 Millionen Euro mehr zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

**Der Budgetausschuss des Europäischen Parlaments hat 500 Millionen Euro mehr für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zur Verfügung gestellt. Bis 2020 wird die Initiative um mehr als 1,2 Milliarden Euro aufgestockt.**

Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ist eine der Hauptfinanzierungsquellen der EU zur Unterstützung der Umsetzung der Jugendgarantie. Sie wurde 2013 zur

Unterstützung von jungen Menschen in den Regionen eingeleitet, in denen die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 mehr als 25 % betrug.

[Mehr Informationen](#)

## ArbeitnehmerInnenschutz: Strengere Regeln in Bezug auf krebserregende Substanzen

**Der Beschäftigungsausschuss hat sich auf neue Regeln geeinigt, um ArbeitnehmerInnen vor Karzinogenen und Mutagenen am Arbeitsplatz zu beschützen. Der Entwurf wurde vorher bereits informell mit den EU-MinisterInnen abgestimmt.**

ArbeitgeberInnen sollen durch den Entwurf verpflichtet werden, die Risiken für die Angestellten einzuschätzen und vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Der Entwurf sieht Höchstmengen für gewisse Schadstoffe vor, denen ArbeitnehmerInnen ausgesetzt sind. Durch diese Maßnahmen soll Krebs als arbeitsbezogene Todesursache Nr. 1 bekämpft werden. So sollen in den nächsten

50 Jahren über 100.000 Todesfälle verhindert werden. Über den Entwurf der Richtlinie wird auf einer der zukünftigen Plenarsitzungen abgestimmt.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## EU-Budget 2018 soll sich auf Wachstum, Jobs, Sicherheit und Migration konzentrieren

**Der Rat will im EU-Haushalt 2018 den Themen Wachstum, Beschäftigung, Sicherheit und Migrationsbewältigung Vorrang einräumen. Gleichzeitig soll ausreichend finanzieller Spielraum vorhanden sein, um unvorhergesehene Ausgaben decken zu können.**

Der Rat will mehr als 122,5 Mrd. € (das sind fast 85 % aller Mittel für Zahlungen) für die Förderung von Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwenden. Weitere wichtige Schwerpunkte sind die Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger und die Bewältigung der Migrationskrise. Die Mittel für Zahlungen sollen somit 2018 um

insgesamt 7,4 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2017 steigen.

Das Europaparlament entscheidet am 26. Oktober über den Standpunkt des Rates.

[Mehr Informationen](#)

## Fipronil in Eiern: EU-LandwirtschaftsministerInnen berieten über Konsequenzen

**Der Rat hat sich am 05. September bei einem informellen Treffen über den illegalen Missbrauch des Insektizids Fipronil beraten.**

Die LandwirtschaftsministerInnen wollen insbesondere dafür sorgen, dass alle betroffenen Mitgliedsstaaten, insbesondere die Niederlande und Belgien, alle relevanten Informationen zur Verfügung stellen.

Das Thema Fipronil wurde kurzfristig auf die Agenda des MinisterInnentreffens gesetzt. Gesundheitskommissar Andriukaitis betonte dabei, dass sich das Schnellwarnsystem für Lebensmittelsicherheit bewährt habe. Er rief die Mitgliedsstaaten zudem auf, offen und

kooperativ zu bleiben und miteinander zu kommunizieren.

Konkrete Lehren sollen allerdings erst bei einem speziell für das Thema anberaumten EU-Treffen am 26. September, zu dem Andriukaitis Minister und ranghohe Beamte eingeladen hat, besprochen werden.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Neue und verbesserte Tests für Kraftfahrzeugemissionen seit dem

### 1. September Pflicht

**Seit 1. September gelten für neue Fahrzeugtypen verschärfte Emissionstests. Nach einer entsprechenden Verordnung müssen Kraftfahrzeuge die Emissionstests in Zukunft unter realen Fahrbedingungen durchlaufen.**

Bislang wurden die luftverschmutzenden Emissionen eines Fahrzeugs nur durch eine Prüfung im Labor gemessen. Da aber die real auf der Straße ausgestoßenen Emissionen die im Labor gemessenen deutlich überstiegen, erfolgt die Messung zukünftig zusätzlich im praktischen Fahrbetrieb (Real Driving Emissions, RDE-Test).

Stickoxid- und Partikelemissionen, eine der Hauptursachen für die Luftverschmutzung, werden nunmehr unter Realbedingungen im Straßenverkehr gemessen. Zusätzlich wird ein neues, realistischeres Testverfahren auch im Labor für alle Emissionen, darunter Stickoxide, sonstige Luftschadstoffe und auch CO<sub>2</sub>, sowie für den Kraftstoffverbrauch eingeführt. Beide Tests gelten schrittweise für

alle neuen Fahrzeugtypen und für alle zwischen 2018 und 2019 zugelassenen neuen Fahrzeuge.

Die Kommission will mit diesen Maßnahmen einerseits den Markt strenger überwachen und andererseits auch das Vertrauen in die Dieselmotortechnologie wiederherstellen. Die Tests stellen nur einen von mehreren Schritten dar. Zusätzlich soll ein neues Typengenehmigungssystem eingeführt werden. Mit der europäischen Strategie für emissionsarme Mobilität soll zudem die Effizienz des Verkehrssystems gesteigert und die Einführung emissionsarmer alternativer Energieträger vorangetrieben werden.

[Mehr Informationen](#)

## EU-Unterstützung bei Naturkatastrophen am 27. Juli in Kraft getreten

**Am 27. Juli ist eine neue Verordnung in Kraft getreten, welche es erlaubt, dass Wiederaufbaumaßnahmen in den Mitgliedsstaaten zu 95 % durch die EU finanziert werden.**

Diese Rate ersetzt die übliche Finanzierungsrate des jeweiligen Kohäsionspolitik-Programms. Das Geld dafür kommt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Die Kommission hat diese Unterstützung in Folge der Erdbeben in 2016, die vier Regionen in Italien getroffen haben, vorgeschlagen. Erhalten kann die Unterstützung jeder Mitgliedsstaat, welcher von einer Naturkatastrophe betroffen ist. Der nationale Umfang des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wird dabei nicht erweitert.

Für Tirol, dessen Kohäsionspolitik-Programm als [stärker entwickelte Region](#) eine maximal

50-prozentige Mitfinanzierungsrate aufweist, bedeutet dies eine fast doppelt so hohe Finanzierung durch die EU, um Wiederaufbaumaßnahmen zu leisten.

Von Erdbeben, Flut, Dürren und Waldbränden betroffene Mitgliedsstaaten können die speziellen EU- Hilfen ab dem ersten Tag einer Katastrophe beantragen. Zudem kann die Unterstützung für Katastrophen, die seit dem 01. Jänner 2014 geschehen sind, für den Wiederaufbau beantragt werden.

[Mehr Informationen](#)



## Kommission finanziert Pilotprojekte für ERASMUS für Lehrlinge

**Die Europäische Kommission finanziert nun Pilotprojekte, um Lehrlingen längere Auslandsaufenthalte zu ermöglichen. Dabei sollen auf Versuchsbasis Aufenthalte von mindestens 6 Monaten getestet und dadurch längere Ausbildungsaufenthalte im Ausland gefördert werden.**

Der EU-Kommissarin für Beschäftigung zufolge fördern längere Auslandsaufenthalte die sozialen, beruflichen und sprachlichen Kompetenzen in hohem Maße. Die Kommission will deshalb mehr Langzeitaufenthalte anbieten und damit die Chancen von Lehrlingen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Bis 2020 soll mit diesen Pilotprojekten und der neuen Initiative ErasmusPro, welche 2018 anläuft, zusätzlich bis zu 50 000 Lehrlingen ein längerer Auslandsaufenthalt ermöglicht werden.

Im Rahmen von Erasmus+ erhalten schon jetzt 650.000 Lehrlinge eine Förderung für einen Auslandsaufenthalt. Trotzdem bleibt weniger als 1 % der Zielgruppe länger als 6 Monate im Ausland. Das soll sich durch die

Pilotprojekte ändern. Dabei sollen zudem bewährte Verfahren sowie Schwierigkeiten im Zusammenhang mit längeren Ausbildungsaufenthalten im Ausland ermittelt werden.

Sowohl die Pilotprojekte als auch ErasmusPro sind erste Mosaiksteine des Europäischen Rahmens für die Langzeitmobilität von Auszubildenden.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Jugendumfrage 2017: Mehrheit hat positives Bild der EU

**Die aktuelle Jugendumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik stellt der EU weitgehend ein gutes Zeugnis aus. Eine Mehrheit der heimischen Jugendlichen hat demnach ein positives Bild von der Union und der österreichischen Mitgliedschaft.**

Die Umfrage wurde an AHS, BHS, Berufs- und Fachschulen unter 2510 Jugendlichen im Schuljahr 2016/17 durchgeführt. 67 % der befragten Jugendlichen betrachten die EU-Mitgliedschaft Österreichs als „gute Sache“, 7 % sehen sie als „schlechte Sache“, 26 % halten sie für „weder gut noch schlecht“. Je jünger die Befragten sind, desto positiver beurteilen sie die Mitgliedschaft.

Insgesamt 83 % der Jugendlichen fühlen sich „auf jeden Fall“ (31 %) bzw. „eher schon“ (52 %) als EU-BürgerInnen. Auf ein knappes Fünftel trifft dies hingegen „eher nicht“ (13 %) bzw. „überhaupt nicht“ (4 %) zu. Die Befragten betrachteten die EU zudem als notwendig, sozial, frei, und wichtig.

Das Interesse ist an der heimischen Politik allerdings nach wie vor deutlich höher als an der EU-Politik. Insgesamt 80 % sagen, dass sie am politischen Geschehen in Österreich „sehr“ bzw. „eher schon“ interessiert sind. Das politische Geschehen in der EU weckt hingegen nur das Interesse von insgesamt 57 % der Befragten. Ähnlich sieht es aus, wenn es um den Einfluss der EU auf das persönliche Leben der Befragten geht. Nur 20 % sind der Ansicht, dass Entscheidungen, die für ihr persönliches Leben wichtig sind, hauptsächlich auf EU-Ebene getroffen werden.

[Mehr Informationen](#)

## August 2017: Jährliche Inflation im Euroraum auf 1,5 % gestiegen

**Die jährliche Inflation im Euroraum wird im August 2017 auf 1,5 % geschätzt, gegenüber 1,3 % im Juli. Dies geht aus einer von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlichten Schnellschätzung hervor.**

Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass Energie im August die höchste jährliche Rate aufweist (4,0 %, gegenüber 2,2 % im Juli), gefolgt von Dienstleistungen (1,6 %, unverändert gegenüber Juli), Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (1,4 %, unverändert

gegenüber Juli) und Industriegütern ohne Energie (0,5 %, unverändert gegenüber Juli).

[Mehr Informationen](#)



## Arbeitsbedingte Unfälle und Verletzungen kosten die EU jedes Jahr 476 Mrd. EUR

**Laut aktuellen Schätzungen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) zusammen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) kosten arbeitsbedingte Erkrankungen und Verletzungen die EU jährlich 3,3 % ihres BIP.**

Das sind 476 Mrd. EUR, die jedes Jahr durch geeignete Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit eingespart werden könnten. Die Schätzung wurde beim 21. Weltkongress für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit in Singapur vorgestellt. Weitere Ergebnisse waren u.a., dass arbeitsbedingte Erkrankungen 86 % aller arbeitsbedingten Todesfälle weltweit und 98 % in der EU ausmachen. Zudem

verursachen arbeitsbedingte Krebserkrankungen die höchsten Kosten in diesem Bereich in den meisten europäischen Ländern (119,5 Mrd. EUR bzw. 0,81 % des BIP), Muskel-Skelett-Erkrankungen die zweithöchsten.

[Mehr Informationen](#)



# In eigener Sache



## Besuch der Gewerkschaftsschule Tirol

Am 05. September war eine Gruppe der Gewerkschaftsschule Tirol aus dem Bezirk Imst zu Gast in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Dr. Richard Seeber erzählte der Gruppe von der Arbeit der Vertretung und diskutierte anschließend mit den Gästen über Tirol in Europa. Die nächste Gruppe der Gewerkschaftsschule Tirol wird am 07. September in der Gemeinsamen Vertretung zu Gast sein.





# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Rationellere Verwirklichung der transeuropäischen Verkehrsnetzes \(TEN-V\)](#)

Verkehr

1. August 2017 - 9. November 2017

### [Initiative zur Verbesserung der Lebensmittelversorgungskette](#)

Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie, Verbraucherschutz

16. August 2017 - 17. November 2017

### [Möglichkeiten zur Verringerung der Einträge von Mikroplastik in die Umwelt](#)

Umwelt

26. Juni 2017 - 16. Oktober 2017

### [Öffentliche Konsultation zur Unterstützung der Evaluation der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes](#)

Umwelt, Klimapolitik

17. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

### [Öffentliche Konsultation zum Wandel in Gesundheitswesen und Pflege im digitalen Binnenmarkt](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Öffentliche Gesundheit, Forschung und Innovation

20. Juli 2017 - 12. Oktober 2017

### [Evaluation des Europäischen Pilotprogramms zur Verifizierung von Umwelttechnologien](#)

Umwelt, Kreislaufwirtschaft

31. Juli 2017 - 10. November 2017



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Gesundheit und Verbraucher

Medizin, Forschung, Prävention, Ebola, Hämorrhagisches Fieber	<a href="#">Ebola and other filoviral haemorrhagic fevers (Ebola+) programme: future outbreaks</a>	14/09/2017	€ 70.000.000
Verbraucherschutz	<a href="#">2018-2021 Framework Partnership Agreements for establishing a cooperation between the EC and CHAFAEA and the European Consumer Centres Networks</a>	22/06/2017	-
Medizin, Gesundheitsdienste, Kinder, Geburt	<a href="#">Horizon Prize - Birth Day</a>	06/09/2017	€ 1.000.000
Zusammenarbeit, Rechte, Verwaltung, Netzwerke	<a href="#">FINANCIAL CONTRIBUTIONS TO JOINT ACTIONS TO IMPROVE COOPERATION BETWEEN ENFORCEMENT AUTHORITIES OF CONSUMER RIGHTS</a>	12/09/2017	€ 1.000.000
Medizin, Forschung	<a href="#">H2020-JTI-IMI2-2016-10-TWO-STAGE*</a>	14/09/2017	€ 348.030.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Mag. Michael Mingler

---

### Abbildungsverzeichnis

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-035102/00-02&sitelang=en&refPhoto=P035102/00-02#0>

<https://pixabay.com/de/eu-gro%C3%9Fbritannien-2016-problematik-1473958/>